

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
A. Einleitung	19
I. Der Terminus »actio pro socio«	19
II. Weitere Untersuchung	21
B. Der Meinungsstand zur actio pro socio	22
I. Entwicklung in der Rechtsprechung	22
1. Die Rechtsprechung des Reichsoberhandelsgerichts	22
1.1 Rechtsschutz vor Beeinträchtigung der mitgliedschaftlichen Rechte	22
1.2 Entwicklung des Rechts auf gesetzes- und satzungsgemäßes Verhalten der Gesellschaft	24
1.3 Fazit	25
2. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofs	26
2.1 Feststellungs-, Unterlassungs- und Wiederherstellungsklage gegen die Gesellschaft wegen Verletzung der Mitwirkungsrechte	26
a. »Holzmüller«	27
b. Kritik	30
2.2 Feststellungs-, Unterlassungs- und Wiederherstellungsklage gegen die Gesellschaft wegen Verletzung des Bezugsrechts bei der Ausnutzung genehmigten Kapitals	31
a. Die gesetzliche Regelung zum genehmigten Kapital	31
b. »Holzmann«	32
c. »Siemens/Nold«	33
d. »Mangusta/Commerzbank I und II«	34
e. Kritik	37
2.3 Unterlassungs- und Feststellungsklage gegen die Gesellschaft bei faktischer Konzernierung	38
a. Die Strabag-Entscheidung des OLG Köln	38
b. Kritik	40
2.4 Schadensersatzklage gegen die Gesellschaft und Dritte	40
a. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts zum deliktischen Schutz der Mitgliedschaft	40
b. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	42

aa. Schadensersatz wegen rechtswidriger Übergehung der Mitgliederversammlung	42
bb. »Schärenkreuzer«	43
2.5 Schadensersatzklage gegen ein herrschendes Unternehmen	45
2.6 Fazit	46
II. Auffassungen in der Literatur	46
1. Klagen für die Gesellschaft	47
1.1 Notgeschäftsführung und Ersatzaufsichtsrecht eines Aktionärs nach <i>Lutter</i>	47
1.2 Extension der prozessstandschaftlichen Klagen nach <i>Wiedemann</i>	49
1.3 Befugnis zur objektiven Rechtskontrolle nach <i>Pflugradt</i>	51
2. Aktionärsklagen aus eigenem Recht	52
2.1 Verbandsrechtliche Ansätze	53
a. Weitgehende Ablehnung von Aktionärsklagen nach <i>H. Roth</i>	53
b. Zulassung von Aktionärsklagen nur bezüglich einzelner Rechte nach <i>Schulz-Gardyan</i>	54
c. Der Anspruch auf gesetz- und satzungsmäßiges Organhandeln nach <i>Knobbe-Keuk</i>	56
d. Die Kompetenzschutzklage gegen den Vorstand nach <i>Hommelhoff</i>	58
e. Die Kompetenzschutzklage gegen die Gesellschaft nach <i>Schwab</i>	61
f. Die Theorie der Mitgliedschaftsklagen nach <i>Flume</i>	63
g. Die <i>actio pro socio</i> nach <i>Altmeppen</i>	67
h. Durchsetzung und Schutz konkreter Mitgliedschaftsrechte nach <i>Zöllner</i>	69
i. Umfassender Schutz auf verbandsrechtlicher Basis nach <i>Brondics</i>	71
j. Weitgehende Klagebefugnisse gegen Organmitglieder nach <i>Raiser</i>	74
k. Universalkontrollbefugnis der Aktionäre nach <i>Paefgen</i>	76
2.2 Gemischt verbandsrechtlich und deliktsrechtliche Ansätze	79
a. Umfassender Schutz auf deliktsrechtlicher Basis nach <i>Mertens</i>	79
b. Verbandsrechtlicher und deliktischer Schutz	82
aa. Differenzierter Schutz auf schuldrechtlicher und deliktischer Grundlage nach <i>K. Schmidt</i>	82
bb. Umfassender Schutz auf Basis des Verbands- und Deliktsrechts nach <i>Habersack</i>	84
cc. Die Mitgliedschaft als Herrschaftsrecht?	86
3. Fazit	88
C. Eigener Ansatz – Einführung	89

D. Eigener Ansatz zur Klage hinsichtlich eines Anspruchs der Gesellschaft	90
I. Die Haftungsklage gemäß § 148 AktG	90
1. Die historische Entwicklung von der Klageerzwingung zur Haftungsklage	90
2. Die Neuregelung des § 148 AktG	93
3. Grundüberlegungen zu § 148 AktG	94
3.1 Das aktiengesetzliche Kontrollsyste	95
3.2 Zum Erfordernis eines Quorums	97
4. Fazit	100
II. Konzernrecht	100
1. Die einzelnen Haftungsgründe im Konzernrecht	101
1.1 §§ 309, 310 AktG	101
1.2 §§ 317, 318 AktG	101
2. Die Einordnung der konzernrechtlichen Klagebefugnisse der Aktionäre	103
2.1 Rechtskrafterstreckung bei der gesetzlichen Prozessstandschaft	104
a. Übertragbarkeit des § 148 Abs 5 S 1 AktG	105
b. Zivilprozessual anerkannte Beschränkungen der Rechtskrafterstreckung	105
2.2. Mögliche Auswege	107
a. Mitgliedschaftsklage in Hinsicht auf eine Forderung der Gesellschaft	108
b. Die Wechselwirkung zwischen Rechtskraft und Verbandsrecht	109
2.3 Fazit	110
III. Keine Extension der Prozessführungsbefugnisse für die Gesellschaft	111
E. Eigener Ansatz zur Klage hinsichtlich eigener Ansprüche	112
I. Grundlage der Klagen aus eigenem Recht	113
1. Die Mitgliedschaft des Aktionärs als Rechtsverhältnis zwischen Gesellschaft und Aktionär	113
2. Die aktiengesetzlichen Mitgliedschaftsrechte des Aktionärs	115
2.1 Mitwirkungsrechte	115
a. Mitwirkungsrechte des Aktionärs aus der Sphäre der Gesellschaft	116
b. Die einzelnen Mitwirkungsrechte aus der Sphäre des Aktionärs	117
aa. Recht auf Teilnahme an der Hauptversammlung	117
bb. Stimmrecht	118
cc. Informationsrechte	118

c. Rechte und Befugnisse zum Schutz der Mitwirkungsrechte aus der Sphäre des Aktionärs	119
aa. Die Befugnis Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage zu erheben	119
bb. Auskunftserzwingungsverfahren	120
cc. Gerichtliche Bestellung oder Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern	120
2.2 Vermögensrechte	121
2.3 Gleichbehandlungsgrundsatz	122
2.4 Zwischenergebnis	122
2.5 Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen im System des Schutzes der Mitgliedschaft und mitgliedschaftlichen Rechte	123
a. Erste Kodifizierung durch die Zweite Aktienrechtsnovelle von 1884	123
b. Das Handelsgesetzbuch von 1897	126
c. Das Aktiengesetz von 1937 und 1965	126
d. Die zeitgenössische Literatur	127
aa. Die Anfechtungsbefugnis als organähnliche Kontrollbefugnis	127
bb. Die Anfechtungsbefugnis als Abwehrbefugnis	128
e. Fazit	129
3. Schutz der Mitgliedschaft und mitgliedschaftlichen Rechte des Aktionärs	130
3.1 Zuweisungsqualität absoluter und relativer Rechte	130
3.2 Schutzmfang absoluter und relativer Rechte	131
a. Schadensersatz und ungerechtfertigte Bereicherung bei relativen und absoluten Rechten	132
b. Negatorischer Schutz und relative Rechte	132
c. Zum absoluten Gehalt der relativen Rechte	134
d. Fazit	135
3.3 Übertragung auf das Mitgliedschaftsverhältnis zwischen Aktionär und AG	135
a. Verbandsrecht und Kapitalmarkt	137
b. Achtung der spezialgesetzlichen Regelungen	138
c. Die Grundrechtsfunktionalität der mitgliedschaftlichen Rechte	139
aa. Parallelen zwischen den Grundordnungen des Grundgesetzes und des Aktiengesetzes	139
bb. Die Funktion der Grundrechte und deren Übertragbarkeit auf die mitgliedschaftlichen Rechte des Aktionärs	140
cc. Ausschluss primärer Leistungsansprüche als Folge der Grundrechtsfunktionalität	143
dd. Fazit	146
d. Das Recht an der Mitgliedschaft als absolutes Recht	147

II.	Gesellschaft als richtiger Klagegegner	150
1.	Der Vorstand und das Eigenhandeln der juristischen Person	151
2.	Übertragung auf die Beeinträchtigung mitgliedschaftlicher Rechte	155
III.	Umfang des Rechtsschutzes	156
1.	Rechtsschutz gegen Vorstandsbeschlüsse	156
1.1	Unterlassen eines Vorstandsbeschlusses	157
1.2	Die tatsächliche und rechtliche Situation bis zur Eintragung in das Handelsregister	157
1.3	Anfechtung eines Vorstandsbeschlusses	160
1.4	Klage auf Schadensersatz	161
a.	§ 280 Abs 1 BGB	161
aa.	Sperre durch Sondervorschriften?	162
bb.	Schuldverhältnis	163
cc.	Verletzung einer Schutzpflicht	163
dd.	Zuvertretenhaben	165
ee.	Ersatzfähiger Schaden	165
b.	§ 826 BGB iVm § 31 BGB	167
c.	Zwischenergebnis	167
1.5	Feststellung der Nichtigkeit eines Vorstandsbeschlusses gemäß § 256 ZPO	167
a.	Statthaftigkeit der allgemeinen Feststellungsklage	168
aa.	Keine Verdrängung durch §§ 241 ff AktG	168
bb.	Keine Verdrängung durch § 148 AktG	168
cc.	Integration in das Verbandsrecht	169
b.	Rechtsverhältnis	169
c.	Feststellungsinteresse	171
aa.	Kein Verzicht auf das besondere Feststellungsinteresse	172
bb.	Das rechtliche Interesse an der Feststellung	173
d.	Subsidiarität zur Leistungsklage	175
e.	Klagefrist analog § 246 Abs 1 S 1 AktG	175
f.	Bekanntmachungspflicht analog § 248a AktG	176
1.6	Ergebnis	176
2.	Rechtsschutz gegen ausführende Maßnahmen	177
2.1	Vorüberlegungen	177
a.	Mitwirkungsrechte	177
b.	Vermögensrechte	178
c.	Keine Klagebefugnis bei verdeckten Gewinnausschüttungen	179
d.	Kein Verstoß gegen § 122 AktG	180
2.2	Unterlassen einer rechtsbeeinträchtigenden Maßnahme	181
a.	Einstweiliger Rechtsschutz gegen eine ausführende Maßnahme	183
aa.	Verfügungsanspruch	183
bb.	Schlüssigkeit und Glaubhaftmachung	183
cc.	Verfügungsgrund	185

dd. Mündliche Verhandlung	186
ee. Fazit	186
b. Klage auf Unterlassen einer ausführenden Maßnahme	187
2.3 Klage auf Beseitigung einer ausführenden Maßnahme	188
a. Missachtung der ungeschriebenen Hauptversammlungskompetenzen	188
b. Missachtung der geschriebenen Hauptversammlungskompetenzen	190
aa. Herbeiführung eines Gewinnverwendungbeschlusses	190
bb. Faktische Satzungsänderungen	191
cc. Keine Konzerneingangskontrolle in der Tochtergesellschaft	192
c. Fazit	193
2.4 Klage auf Schadensersatz	194
a. § 280 Abs 1 BGB	194
aa. Pflichtverletzung	194
bb. Ersatzfähiger Schaden	195
b. § 826 BGB iVm § 31 BGB	195
2.5 Feststellungsklage hinsichtlich einer ausführenden Maßnahme	195
a. Klage auf Feststellung der Rechtswidrigkeit einer geplanten Maßnahme	196
b. Klage auf Feststellung der Rechtswidrigkeit einer durchgeführten Maßnahme	197
2.6 Zwischenergebnis	197
3. Klage auf Schadensersatz gegen die Gesellschaft wegen Verletzung eines Schutzgesetzes	198
IV. Klagen gegen Vorstandsmitglieder	199
1. Keine Ansprüche auf Grundlage des Mitgliedschaftsverhältnisses	199
2. Keine Drittschutzwirkung des Anstellungsvertrages	200
3. Keine Haftung aufgrund absoluten Schutzes der mitgliedschaftlichen Rechte im Innenverhältnis	201
4. Aktiengesetzliche Schadensersatzansprüche gegen Vorstandsmitglieder	202
4.1 § 117 Abs 1 S 2, Abs 2 AktG	202
4.2 § 318 Abs 1 iVm § 317 Abs 1 S 2 AktG	202
5. Schadensersatzanspruch gegen Vorstandsmitglieder wegen Verletzung eines Schutzgesetzes oder vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung	203
6. Fazit	203
F. Zusammenfassung in Thesen	204
Literaturverzeichnis	207